

Berlin, 16. Juni 2022

Herausgeber:

Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen
e.V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon 030 590099-571
Telefax 030 590099-519

www.bga.de info@bga.de

Ansprechpartner

Thorsten Klindworth
Vorsitzender Ausschuss
Steuern und Finanzen

Michael Alber
Geschäftsführer
Volkswirtschaft und Finanzen
michael.alber@bga.de

VOLKSWIRTSCHAFT UND FINANZEN

Stagflation – eine neue alte Herausforderung für Politik und Wirtschaft

Der Angriff Russlands auf die Ukraine führt für die Lieferketten zu weiteren Belastungen. Engpässe bei der Versorgung mit Rohstoffen, vor allem bei Energierohstoffen, und mit Vorleistungen, aber auch in Logistik und bei Fachkräften beeinträchtigen die Geschäftsabläufe und führen über die Verteuerung zu steigenden Preisen über alle Wirtschaftsstufen. Die Inflation zeigt angesichts der Energie- und Versorgungsengpässe inzwischen deutlich steigende Tendenz. Nach einer Veränderung im Corona-Jahr 2020 von 0,5 Prozent zog die Inflation 2021 auf Grund wieder steigender Nachfrage auf 3,1 Prozent an. Zum Jahresauftakt 2022 betrug die Inflation noch 4,9 Prozent und schnellte nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine von 5,1 Prozent im Februar 2022 auf +7,9 Prozent im Mai 2022 deutlich an. Eine Entspannung zeichnet sich aktuell nicht ab und ist angesichts angebotsseitiger Engpässe kurzfristig nicht absehbar. Die Bundesregierung rechnet nach der Frühjahrsprojektion vom April 2022 für das Jahr 2022 mit einer Inflation von 6,1 Prozent und einem Rückgang im Jahr 2023 auf 2,8 Prozent.

Stagflation oder Strukflation

Wirtschaftspolitisch kehrt vor dem Hintergrund steigender Inflation bei angebotsseitigen Engpässen die Diskussion um ein Phänomen, das in den 1970er Jahren im Zuge der damaligen Ölkrise als Stagflation bezeichnet wurde, zurück. Der Begriff Stagflation beschreibt eine Situation eines Währungsraumes, in der wirtschaftliche Stagnation und Inflation miteinander einhergehen. Als Auslöser von Stagflationen werden Angebotsschocks etwa durch steigende Energiepreise angesehen. Der stark gestiegene Öl- bzw. Gaspreis erhöht die Produktionskosten. Bei gleichbleibender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage steigen die Preise. Wenn sich zudem noch eine Inflationserwartung verfestigt, kann dies zu einer Lohn-Preis-Spirale führen, die die Stagflation noch verschärft und gemäß Philips-Kurve mit einem Rückgang der Beschäftigung verbunden ist.

Im Zuge der Corona-Pandemie deuteten sich 2021 bereits Entwicklungen steigender Preise an, als es zu einer anziehenden Konjunktur und damit einer steigenden Nachfrage nach Rohstoffen und Energie kam. Allerdings war diese Situation während der Corona-Krise im Wesentlichen nachfrageseitig verursacht, während die Angebotsseite neben politisch entschiedenen Schließungsmaßnahmen mit gravierenden sektoralen Belastungen durch Transport-schwierigkeiten, u. a. in China, konfrontiert war und immer noch ist.

Diese Entwicklungen in der Corona-Pandemie werden nun überlagert durch den infolge des Ukraine-Krieges indizierten Angebotsschock bei Energie und bestimmten Rohstoffen, während die Nachfrageseite aktuell weitgehend robust geblieben ist. In der Folge steigen die Preise kurzfristig und schnell. Wie lange dieser Prozess andauert, dürfte zum einen von der Dauer des Krieges, dem Fortbestehen der Sanktionen und Anpassungen sowie zum anderen von Flexibilität und Innovationen sowie der Optimierung der Lieferkette in der Logistik auf der Angebotsseite abhängen.

Eine bedeutende Rolle kommt auch der Geldpolitik sowie der Tarifpolitik zu. Wenn sich ein Wechselspiel von steigenden Preisen und Löhnen ergeben sollte, kann dies zu einer Verstärkung der Stagflation führen. Frühzeitige, vor-

beugende Maßnahmen sind daher aus Sicht des BGA erforderlich, um der Entwicklung die Spitze zu nehmen und den Preisanstieg einzudämmen.

Aus Sicht des BGA ist die aktuelle Situation jedoch insbesondere als "Strukflation" zu bezeichnen. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt aufwärtsgerichtet. Im Jahr 2021 nahm die Wirtschaftsleistung real um 2,8 Prozent zu. Für 2022 erwartet die Bundesregierung bei enormen Herausforderungen aus dem Angriff Russlands auf die Ukraine ein positives Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent. Die aktuellen Krisen lassen aber erhebliche Fehlsteuerungen und strukturelle Defizite deutlich werden. Ein übereilter Ausstieg aus Atomenergie und Kohle, die starke Ausrichtung der Energie auf Gas auf Grund langwieriger Umsteuerung bei erneuerbaren Energien, laufender Verschärfung von Standards und Normen, z. B. bei Mobilität und Bauen, der Wandel in Geschäftsprozessen durch die Digitalisierung und der Mangel an Arbeitskräften prägen nach Einschätzung des BGA die strukturelle wirtschaftliche Entwicklung.

Wirtschaftspolitische Handlungsbedarf

Der BGA hält neben kurzfristigen Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation und ihrer Folgen eine Modernisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterhin für erforderlich. Folgende Maßnahmen sollten dabei im Mittelpunkt stehen. Der BGA erkennt an, dass einige Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht wurden, allerdings sind diese teilweise halbherzig und im Angebotsbereich ausbaufähig.

Zur Eindämmung von inflationären Tendenzen muss die Priorität auf der Verbesserung der Angebotsbedingungen liegen. Dazu muss insbesondere der rechtliche Rahmen für mehr unternehmerischen Freiraum verbessert und die strategische Flankierung wirtschaftlichen Handelns verbessert werden. In Deutschland als stark außenwirtschaftlich geprägter Volkswirtschaft ist ein verlässliches und stabiles globales Wirtschaftsumfeld ebenso wichtig wie eine planbare, gesicherte Versorgung mit Rohstoffen, insbesondere Energierohstoffen, Vorprodukten und Waren.

➤ **Nachfrageseite**

Entlastungen auf der Nachfrageseite lösen nicht angebotsseitige Engpässe und können zusätzliche Inflationsimpulse setzen. Sie können jedoch psychologisch und politisch stabilisierende Impulse setzen. Vor allem wirken sie kurzfristig und können bis zur Wirksamkeit der angebotspolitischen Maßnahmen überbrücken:

- Entlastungen bei Steuern: Beseitigung der „kalten Progression“ in der Einkommensteuer durch Nachjustierung bei Grundfreibetrag, Arbeitnehmerfreibetrag und Werbungskosten mit dem Ziel einer regelmäßigen Anpassung bzw. eines sog. Tarif auf Rädern, bei dem alle Eckwerte des Tarifs angepasst werden,
- Einleitung grundlegender, mittelfristiger Entlastungsschritte für Bürger und Betriebe sowie weiterer, vollständiger Abbau des Solidaritätszuschlags,
- Prüfung der zielgerichteten Wirkung einer temporären Senkung von Energie- und Verbrauchsteuern,
- Steuererhöhungen, insbesondere für Unternehmen, setzen dagegen falsche Signale.

➤ **Angebotsseite**

Für die Unternehmen stehen die Überprüfung und Optimierung ihrer Beschaffungs- und Vertriebskanäle sowie der Logistik im Mittelpunkt der Versor-

gungssicherung. Dies kann durch die Politik flankiert werden, um Engpässe zu überwinden, u. a. durch folgende Maßnahmen:

- energiepolitische Diversifizierung und beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien, flankiert von Speichertechnologien und Infrastruktur, in Verbindung mit Vereinfachungen und Entbürokratisierung der Eigenstromerzeugung, z. B. bei PV-Anlagen, und verbesserter Rentabilität durch beschleunigte Abschreibung und ausreichende Vergütungsmodelle,
- Ausweitung der Förderung von energetisch effizientem Neubau und der Modernisierung im Bestand,
- wirksame Reduzierung von Bürokratie und Beschleunigung bei Investitionen sowie Deregulierung für mehr unternehmerische Flexibilität,
- zeitnahe Evaluation und praktikable Vereinfachung des nationalen Lieferkettengesetzes und Abstimmung mit dem geplanten europäischen Lieferkettengesetz (Due-Dilligence-Gesetzgebung). Zur Sicherung einer kostengünstigen Versorgung mit Rohstoffen, Vorleistungen und anderen Waren von Wirtschaft und Bürgern dürfen die Lieferketten durch Anforderungen nicht überfordert werden. Unternehmen benötigen für eine schnelle Diversifizierung in Krisenzeiten Flexibilität, um einen Preisauftrieb durch Versorgungsengpässe zu vermeiden,
- außenwirtschaftliche Flankierung von neuen Beschaffungswegen, darunter stärkere Ausrichtung der Entwicklungshilfe auf europäische Versorgungsziele, bei Re- bzw. Nearshoring,
- Optimierungen in der Rohstoffpolitik und -versorgung: Ausweitung Recycling und Nutzbarkeit von Sekundärrohstoffen, Intensivierung nationaler/europäischer Rohstoffversorgung, verstärktes Engagement der EU-Kommission zur Rohstoffsicherung,
- Ausweitung von F&E in High Tech- und Rohstoffbereichen, bei seltenen Rohstoffen und deren Substituierung,
- Ausweitung der Marktüberwachung zur Vermeidung von Mitnahmeeffekten und Trittbrettfahrerverhalten.

➤ **Lohnpolitik**

Wenn sich bei fortbestehenden Knappheiten steigende Preise sowie Löhne und Gehälter aufschaukeln, kann dies zu einer Lohn-Preis-Spirale führen, ohne dass die Beschäftigten real mehr verdienen. Preislich verlieren die Unternehmen jedoch an Wettbewerbsfähigkeit. Damit drohen nicht mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze verloren zu gehen. Eine Lohn-Preis-Spirale gilt es, auf Grund ihrer negativen Auswirkungen für Unternehmen und ihre Beschäftigten zu vermeiden.

Die Priorität sollte auf stabilen Sozialversicherungsbeiträgen unter 40 Prozent und grundlegenden steuerlichen Entlastungsmaßnahmen liegen, die die kalte Progression als Folge von inflationären Tendenzen ausgleichen und den Steuerpflichtigen mehr von ihrer Entlohnung belässt. Eine moderate Lohnpolitik, die sich an der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und deren Arbeitsplätzen orientiert, bleibt weiterhin erforderlich, um die Herausforderungen aus Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg wirtschaftlich und sozial zu bewältigen

➤ **Geldpolitik / Staatsfinanzierung**

Eine expansive Geldpolitik in Verbindung mit der aktuellen Nullzinspolitik leisten der Inflation Vorschub. Um die Inflation einzudämmen, ist die EZB gefordert, ihre Strategie zu überprüfen. Der Ankauf von Geldpapieren am Markt und insbesondere von Staatsanleihen muss zurückgeführt werden und auch Zinssignale gesetzt werden, die die Fehlsteuerung von Gegenwarts- und Zu-

kunftsverbrauch auch im Sinne einer nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen und Waren gewährleistet.

Verbunden damit müssen die Nationalstaaten zu einer soliden Haushaltspolitik verpflichtet bleiben und weiter ihre Hausaufgaben zur Konsolidierung ihrer Ausgaben und zur Stärkung von Investitionen in die kurz- und langfristige Rohstoffversorgung machen. Weniger konsumtive bzw. sozialpolitische Maßnahmen und mehr investive Ausgaben zur Modernisierung von Staat und Wirtschaft sind gefordert.